

Einleitung:

Wer für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, hat einen mächtigen Feind. Die kapitalistische Klasse stützt ihre Herrschaft nicht nur auf ihre wirtschaftliche Macht und die Waffen des Staates. Sie dominiert auch die Weise, wie wir die Welt verstehen. „Die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden“, sagte Marx. Ihr wichtigstes Argument ist die Machtlosigkeit des Einzelnen. Uns wird gesagt: Egal, wie schlecht der Kapitalismus funktioniert, er ist immer noch die beste aller möglichen Welten. Eine wirkliche freie, sozialistische Gesellschaft ohne Klassenherrschaft ist nur ein Traum, der nicht verwirklicht werden kann.

Das ist nicht wahr. Das ist nur das, was wir denken sollen. Das Netzwerk Marx21 hat sich zur Aufgabe gemacht, einen revolutionären Pol in der Gesellschaft aufzubauen, der die Herrschenden mitsamt ihren Ideen bekämpft. Um Menschen dafür zu gewinnen ist es notwendig, dass jeder Einzelne von uns am Arbeitsplatz, in der Schule, der Universität oder im Gespräch mit Freunden in der Lage ist, den herrschenden Argumenten etwas entgegenzusetzen. Eine revolutionäre Praxis erfordert eine revolutionäre Theorie. Diese Theorie nennen wir Marxismus.

Dieser Reader ist Teil einer Reihe von Schulungstexten, die helfen sollen, eine neue Generation von Sozialistinnen und Sozialisten in die Grundlagen des Marxismus einzuführen. Sie dient auf dem jährlich stattfindenden Kongress „Marx is Muss“ als Basis für eine gemeinsame Diskussion in den Seminaren. Darüber hinaus bieten sie in ihrer Gesamtheit die Möglichkeit, sich einen umfassenden Überblick in den Themenbereichen Ökonomie, Philosophie, Klassenkampf, Staat, Frauenunterdrückung, Rassismus und Parteitheorie zu verschaffen. Weil es keine Sphäre gibt, in die die Ideenproduzenten der herrschenden Klasse nicht vordringen würden, müssen auch wir fähig sein, auf allen diesen Themenbereichen Antworten auf die Fragen und Widersprüche des Alltags zu liefern.

Zu dieser Broschüre:

Ohne Organisation sind wir den Angriffen von Politik und Kapital schutzlos ausgeliefert. Doch welche Art der Organisation ist die Richtige für den Kampf um eine bessere Welt? Wir wollen in diesem Seminarreader die Entwicklung der marxistischen Parteitheorie historisch aufspüren.

Er enthält Texte zu vier verschiedenen Fragestellungen. Im ersten Teil wollen wir der Frage nachgehen, warum wir überhaupt eine Organisation brauchen, und warum sich diese auf die Arbeiterklasse stützen muss. Als Grundlage zur Diskussion findet ihr ein Thesenpapier von Frank Renken. Chris Harman argumentiert, dass sich das Klassenbewusstsein in Kämpfen entwickelt, und dass in diesem Prozess Spontaneität sehr wichtig ist. Dies macht die Organisation der sozialistischen Minderheit in einer eigenständigen Organisation aber nicht überflüssig.

Im zweiten Teil vollzieht John Molyneux die Entwicklung der Parteitheorie bei Marx, Engels und Lenin nach. Er erklärt, dass Lenins Parteikonzept nichts mit jenen stalinistischen Zerrbildern zu tun hat, mit denen wir nach dem Scheitern der russischen Revolution konfrontiert wurden. Sondern, dass Lenin vor dem Hintergrund wechselnder Erfahrungen von Untergrundtätigkeit und revolutionärem Aufbruch als erster eine konsistente marxistische Parteitheorie entwickelt hat. Nach Lenins Auffassung darf die Partei nicht passiver Repräsentant der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sein, sondern muss einen interventionsfähigen Zusammenschluss des revolutionären Kerns der Klasse darstellen.

Im dritten Teil erklärt Stefan Bornost, wie es während des Ersten Weltkriegs in Deutschland zum Auseinanderbrechen der alles dominierenden sozialdemokratischen Partei kam. Die SPD zerfiel in drei Teile, wobei der revolutionäre Kern unter der Führung von Rosa Luxemburg zunächst nur eine kleine Minderheit darstellte. Dennoch ging aus ihm schließlich die Kommunistische Partei hervor, die in der Weimarer Republik eine bedeutsame Rolle spielte und eine völlig neue Tradition links neben der Sozialdemokratie begründete.

Schließlich wollen wir im vierten Teil diskutieren, wie wir uns angesichts der Debatten in der LINKEN um die Beteiligung an einer Regierungskoalition mit SPD und Grünen für unsere heutige politische Arbeit organisatorisch aufstellen müssen.

Dazu findet ihr das Geleitwort von marx21 zum Buch *Marxismus und Partei* zur Frage warum sich Revolutionäre in einer reformistischen Partei organisieren sollten.

Weiterlesen:

- John Molyneux, *Marxismus und die Parteifrage*; erstmals veröffentlicht 1978, deutsche Überarbeitung: Berlin, 2016.
- Wladimir Iljitsch Lenin, *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung*, erstmals veröffentlicht 1902; in: Lenin, *Werke*, Band 5, Berlin, 1955.
- Chris Harman, *Partei und Klasse*, erstmals veröffentlicht 1969, deutsche Überarbeitung, Frankfurt/M., 1989.
- Stefan Bornost, *Der Weg zur KPD*; in: *Best of KPD. Linke Organisation damals und heute*, Theorie21, Nr.4, Berlin 2014.
- Tony Cliff, *Lenin*, Volume 1: *Building the Party (1893-1914)*, London, 1975.

1. Einleitung: Warum überhaupt organisieren?

Thesen zur Einleitung des Seminars „Marxismus und Partei“

FRANK RENKEN

1. Der Kapitalismus ist ein System der Klassenherrschaft, dass auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse beruht. Der Kapitalismus kann nicht auf friedlichem Wege (z. B. Sozialreformen, parlamentarische Gesetzgebung) überwunden werden. Sein Staat kann nicht „übernommen“ werden, er muss zerbrochen werden und durch eigene Machtorgane der Arbeiterklasse ersetzt werden (Marx). Die soziale Befreiung kann auch nicht durch eine Minderheit (z. B. auf dem Wege des Guerillakampfes) der Mehrheit geschenkt werden. „Die Befreiung der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiter selbst sein“ (Marx).

2. Das „Volk“ als Ganzes verfügt über kein gemeinsames Interesse. Die Arbeiterklasse entwickelt deshalb eigene Klassenorgane, um seine unmittelbaren materiellen Interessen zu verteidigen (Gewerkschaften). Doch solange der Kapitalismus herrscht, herrscht er auch durch die Köpfe von Millionen Arbeitern. Das Bewusstsein von Millionen von Beschäftigten ist nicht gleichmäßig und die Klasse agiert nicht gemeinsam. Die Konkurrenz im Kapitalismus treibt die einzelnen Teile der Klasse gegeneinander, vereinzelt sie und verbreitet das Gefühl der Machtlosigkeit. Marx fasste es so zusammen: „Die herrschenden Ideen sind immer die Ideen der Herrschenden.“

3. Vor diesem Hintergrund sehen wir in allen Konflikten im Großen und Ganzen drei Lager innerhalb der eigenen Klasse. Auf dem einen Extrem steht eine Minderheit, die die Argumente des Klassengegners teilt und aus unterschiedlichen Gründen für den Klassenkampf ungewinnbar ist. Diese Leute können moralisch zersetzt, korrumpiert oder überängstlich sein, oder sie schielen auf den eigenen sozialen Aufstieg innerhalb einer Firma. Sie argumentieren in konkreten Fällen gegen Aktionen, gegen Streikmaßnahmen etc. und schüren den Egoismus oder den Gruppenegoismus innerhalb der Firma bzw. Branche (Sektionalismus).

Auf dem anderen Extrem steht die Initiative Minderheit, die aus einem Klassenbewusstsein heraus über die konkrete Problemlage und mit Kampfgeist die Interessen der Gesamtheit verteidigt. Sie argumentiert, dass nur im gemeinsamen Widerstand – je nach konkretem Fall gegen die Geschäftsführung, die Regierung etc. – die eigenen Interessen gewahrt werden können. Sie setzt gegen das Prinzip des Egoismus das Prinzip der Solidarität.

Dazwischen steht die große Mehrheit, die ein widersprüchliches Bewusstsein hat und Argumente beider Seiten in unterschiedlichem Grad in sich trägt. Nur wenn sich der revolutionäre Kern in einer besonderen Organisation sammelt und gemeinsam agiert, dann kann er die Selbstorganisation der Arbeiter vorantreiben, Solidarität aufbauen, den Ausgang von Kämpfen beeinflussen und schließlich in einen politischen Kampf gegen die Macht der herrschenden Klasse wandeln.

4. Damit ist noch nicht gesagt, wie diese Organisationsform und ihre politische Ausrichtung konkret aussieht. Der revolutionäre Kern steht nicht allein – er steht heute im Schatten großer Organisationen in der Arbeiterbewegung, die lange Traditionen und schwerfällige Apparate herausgebildet haben. Will der revolutionäre Kern vorankommen, muss er sich auf diese Apparate konstruktiv beziehen – und steht dabei immer in Gefahr, seine Unabhängigkeit zu verlieren oder gar Teil der Apparate zu werden.

Generell gilt: Nur weil der revolutionäre Kern revolutionär ist, ist er nicht davor gefeit, schwere strategische Fehler zu machen und infolgedessen bedeutungslos zu werden. Es gilt: Die revolutionäre Minderheit muss immer die Unabhängigkeit der Organisation wahren. Welche konkrete Form aber soll sich die Initiative Minderheit geben? Dafür gibt es keinen Königsweg, sondern muss aus der Situation heraus beantwortet werden.

Wir wollen in diesem Zusammenhang mögliche Irrwege anreißen und folgende Begriffe klären:

- Substitutionismus, Sektierertum, Voluntarismus, Putschismus;
- Opportunismus, Reformismus, Bürokratismus, Fatalismus;
- Propagandismus, Aufklärungssozialismus;

- Bewegungstümelei, Zentrismus.

5. Die Mehrheit der Arbeiterklasse ist heute nicht revolutionär. Die strategische Kernfrage ist: Wie kann die revolutionäre Minderheit sie für ihre Ideen gewinnen? Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass das Bewusstsein des Einzelnen nicht stillsteht, sondern über konkrete Kampferfahrungen veränderbar ist. Lohnkämpfe brechen unabhängig von den Ideen derjenigen aus, die sie führen. Wer in ihnen kollektiven Widerstand erlebt und die befreiende Kraft der Solidarität in gespürt hat, kann sich für revolutionäre Ideen öffnen.

Es geht darum, eine Brücke zu bauen zwischen dem revolutionären Kern der Klasse und jenen Teil, die über einzelne Fragen in einen praktischen Konflikt mit dem System kommen. Die bewusste Minderheit kann nur über konkrete gemeinsame Aktionen und nicht über abstrakten Propagandismus eine Klassenpartei aufbauen, die über die Fähigkeit und Stärke verfügt, in reale Kämpfe zu intervenieren und ihren Ausgang zu beeinflussen. Ein Revolutionär, der unfähig ist, hier und heute gangbare Schritte zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter vorzuschlagen und gemeinsam praktische Schritte zu gehen, wird sich als unfähig erweisen, in ganz große Kämpfe einzugreifen.

6. Die Mitarbeit in der Partei DIE LINKE bietet einer kampfbereiten Minderheit die Möglichkeit, in eine gemeinsame organisatorische Praxis mit vielen Unzufriedenen und Aktiven zu kommen. Insbesondere hat die Gründung der Partei das historische Monopol der Sozialdemokratie über die Gewerkschaften gebrochen und damit innerhalb der Klassenorganisationen neue Räume geschaffen, um gemeinsam Widerstand aufzubauen.

7. Innerhalb des Klassenkonflikts sind wir Teil der Arbeiterklasse. Innerhalb der Arbeiterklasse sind wir Teil der Gewerkschaften. Innerhalb der Gewerkschaften sind wir Teil derjenigen, die die LINKE als Partei aufbauen. Innerhalb der Linken sind wir das Netzwerk, das den revolutionären Kern aufbaut. Wie sich dieser Kern im Verhältnis zur Partei entwickelt, und wie sich die LINKE als Partei weiter entwickelt, ist offen.

Auszug aus: „Das ist Marxismus“

CHRIS HARMAN(1979)

Kapitel: „Die revolutionäre Partei“

Der Dreh- und Angelpunkt des Marxismus ist, dass die Entwicklung des Kapitalismus selbst die Arbeiter dazu treibt, gegen das System zu revoltieren.

Wenn solche Revolten beginnen — sei es als Massendemonstrationen, als bewaffneter Aufstand oder auch nur als große Streikwelle — entwickelt sich das Bewusstsein der Arbeiterklasse mit erstaunlichem Tempo. Die ganze geistige Energie, die die Arbeiter bis dahin auf hundertundeine Weise verplempert hatten — angefangen mit Fußball über die Bild-Zeitung bis zum Fernsehen — richten sie plötzlich auf das eine Ziel: wie man die Gesellschaft verändern kann. Millionen Menschen, die sich diesem Problem zuwenden, bringen dann Lösungen hervor, die nicht nur die herrschende Klasse, sondern oftmals auch „gestandene“ Revolutionäre verblüffen.

So wuchs in der ersten russischen Revolution 1905 eine völlig neue Form von Arbeiterorganisation heran — der Sowjet oder Arbeiterrat. Er entstand aus einem Streikkomitee, das während eines Druckerstreiks gebildet worden war. Zunächst begegneten sogar die Entschlossensten unter den revolutionären Sozialisten, die Bolschewiki, den Sowjets mit Misstrauen. Sie glaubten nicht, dass die bis dahin unpolitischen Arbeiter plötzlich in der Lage sein sollten, wirklich revolutionäre Kampforgane hervorzubringen.

Ähnliche Erfahrungen kann man in vielen Streiks machen. Die etablierten Vertreter sehen sich überrascht, wenn Arbeiter, die bis dahin „rechts« von ihnen standen und ihre Ratschläge in den Wind schlugen, plötzlich selbst kämpferische Aktionen entwickeln.

Diese Spontaneität ist absolut wichtig. Aber es ist falsch, daraus den Schluss zu ziehen — wie es die Anarchisten und Autonomen tun — dass diese Spontaneität eine revolutionäre Partei überflüssig mache. In einer revolutionären Situation ändern Millionen Arbeiter ihre Ansichten unglaublich schnell. Aber sie ändern nicht alle ihre Ideen auf einen Schlag. In jedem Streik, jeder Demonstration, jedem bewaffneten Aufstand gibt es wiederkehrende Argumente. Einige Arbeiter sehen ihre Aktionen als Auftakt zur Revolution, andere kämpfen nur halbherzig mit, weil sie meinen, dass ihre Aktionen die „natürliche Ordnung“ stört. In der Mitte steht die Masse der Arbeiter, die zwischen beiden Vorstellungen schwankt.

Auf der einen Seite wird die herrschende Klasse ihre ganze Propagandaindustrie, Zeitungen, Fernsehen und Radio benutzen, um die Aktionen der Arbeiter zu verleumden. Sie wird darüber hinaus ihre bewaffnete Gewalt einsetzen, von der Polizei und Armee bis hin zu faschistischen Organisationen, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Auf der Seite der Arbeiter muss es dann eine Organisation von Sozialisten geben, die die Lehren aus den vergangenen Klassenkämpfen in die Gegenwart einbringen können, die die Argumente für den Sozialismus in die Waagschale werfen können. Es muss eine Organisation geben, die die wachsenden Erfahrungen der Arbeiter im Kampf zusammenbringt, damit es eine einheitliche Aktion zur Änderung der Gesellschaft gibt.

Und diese revolutionäre sozialistische Partei muss vorhanden sein, noch bevor der Kampf beginnt, denn diese Art der Organisation entsteht nicht spontan. Die Partei entsteht durch eine ständige Erprobung von sozialistischen Ideen und Erkenntnissen auf der „Teststrecke“ der täglichen Klassenauseinandersetzungen.

Es reicht nicht aus, die Gesellschaft zu verstehen. Nur durch die Anwendung solcher Ideen und Theorien im täglichen Klassenkampf, in Streiks, Demonstrationen und Kampagnen werden die Arbeiter sich ihrer Stärke bewusst, etwas verändern zu können, und daraus das nötige Selbstbewusstsein entwickeln.

An bestimmten Wendepunkten kann das Eingreifen einer sozialistischen Partei entscheidend sein, kann sie das Kräftegleichgewicht umkippen lassen zugunsten der revolutionären Machtübernahme durch die Arbeiter, zugunsten einer sozialistischen Gesellschaft.

Die revolutionäre sozialistische Partei muss demokratisch sein. Um ihre Rolle erfüllen zu können, muss die Partei ständig in Kontakt mit dem Klassenkampf stehen, und das heißt, in Kontakt mit ihren eigenen Mitgliedern und Anhängern in den Betrieben, wo die Kämpfe stattfinden. Sie muss demokratisch sein, damit ihre Führung stets die gemeinsamen Erfahrungen des Kampfes aufnehmen kann.

Gleichzeitig ist diese Demokratie nicht einfach ein Wahlsystem, sondern eine ständige Auseinandersetzung innerhalb der Partei — eine ständige Wechselwirkung zwischen den sozialistischen Ideen der Partei und den Erfahrungen des Klassenkampfes.

Aber die revolutionäre Partei muss auch zentralistisch sein, weil sie eine aktive Partei ist und kein Diskussionsclub. Sie muss fähig sein, geschlossen in den Klassenkampf einzugreifen und schnell zu reagieren. Deshalb braucht sie eine Führung, die die täglichen Entscheidungen im Namen der Partei treffen kann.

Wenn die Regierung z. B. die Verhaftung von Streikposten anordnet, muss die Partei sofort reagieren, ohne Konferenzen einberufen zu müssen, um erst einmal demokratische Entscheidungen zu fällen. Die Parteiführung entscheidet zunächst und auf dieser Grundlage handeln die Parteimitglieder. Die Demokratie • kommt danach ins Spiel, wenn die Partei diskutiert, ob die Entscheidung richtig war oder nicht — und möglicherweise die Führung auswechselt.

Die revolutionäre Partei muss ein ausgewogenes Verhältnis von Demokratie und Zentralismus finden. Der Ausgangspunkt ist, dass die Partei kein Selbstzweck ist, sondern ein Mittel, um den revolutionären Wandel zum Sozialismus zu organisieren — und das kann nur durch Klassenkampf erreicht werden.

Deshalb muss sich die Partei ständig den Kämpfen selbst anpassen. Wenn die Kämpfe schwach sind und nur wenig Arbeiter an die Möglichkeit einer revolutionären Veränderung glauben, dann wird die Partei auch klein sein — es sei denn, sie verwässert ihre eigenen politischen Ideen, um mehr Mitglieder zu gewinnen. Aber wenn es zu einem Aufschwung von Klassenkämpfen kommt, ändern viele Arbeiter ihre Ansichten sehr schnell, weil sie im Kampf ihre Stärke erfahren — dann muss die Partei in der Lage sein, ihre Türen zu öffnen. Gelingt es der Partei in einer solchen Situation nicht, rasch zu wachsen, wird sie in der Isolation bleiben.

Die Partei kann die Arbeiterklasse nicht ersetzen. Sie muss Teil des Klassenkampfes sein und ständig versuchen, die klassenbewusstesten Arbeiter zusammenzubringen, um so eine Führung für den Kampf herzustellen. Die Partei kann der Arbeiterklasse auch nicht befehlen. Sie kann sich nicht einfach zur Führung erklären, sondern muss diese Position erringen, indem sie die Richtigkeit ihrer Ideen in der Praxis beweist — vom kleinsten Streik bis zur Revolution.

Einige Leute meinen, dass die revolutionäre Partei ein Vorläufer des Sozialismus sei. Das ist völlig falsch. Sozialismus kann nur entstehen, wenn die Arbeiterklasse die Kontrolle über die Produktionsmittel übernimmt und diese einsetzt, um die Gesellschaft zu verändern.

Wir können keine sozialistische Insel im Meer des Kapitalismus sein. Versuche von kleinen Gruppen von Sozialisten, sich diesem Meer zu entziehen und ein Leben entsprechend den sozialistischen Ideen zu führen, sind auf Dauer alle gescheitert — denn der wirtschaftliche und ideologische Druck bleibt. Solche kleinen Gruppen versuchen, sich vom Kapitalismus zu isolieren und isolieren sich gleichzeitig von der Arbeiterklasse, die als einzige den Sozialismus erkämpfen kann.

Sozialisten kämpfen selbstverständlich täglich gegen die erniedrigenden Auswirkungen des Kapitalismus, gegen Rassismus, Sexismus, Ausbeutung, Brutalität. Aber wir können das nur, wenn wir uns auf die Stärke der Arbeiterklasse stützen.

Teil 2: Lenins Parteitheorie

Auszüge aus „Marxismus und Partei“

JOHN MOLYNEUX (Engl. Erstausgabe 1978)

Die Sozialdemokratie und das Problem des Reformismus

Nach dem [Ende der 1. Internationalen im] Jahr 1872 waren Marx und Engels nie wieder direkt am Aufbau einer Organisation oder Partei beteiligt, noch waren sie Mitglieder einer solchen. Nichtsdestotrotz betrachteten sie sich in einer »Sonderstellung als Vertreter des internationalen Sozialismus«, und in dieser Rolle erteilten sie Rat an Sozialisten überall in der Welt. ... Die wichtigste politische Erscheinung dieser Zeit war der Aufstieg der sozialdemokratischen Arbeiterparteien in mehreren Ländern, besonders in Deutschland. Diese Organisationen verbanden ein offen sozialistisches Programm mit einem Massenanhang in der Arbeiterklasse. Diese Entwicklung... scheint zu einer bestimmten Neubewertung, oder mindesten zu einer Änderung Tonlage bei Marx und Engels geführt zu haben. So schrieb 1873 Engels an den [SPD-Führer August] Bebel, er möge »sich durch das Geschrei nach ‚Einigung‘ nicht beirren lassen ... Eine Partei bewährt sich dadurch als die siegende, dass sie sich spaltet und die Spaltung vertragen kann«. 1874 sagt er gegenüber [dem in den USA für die Internationale tätigen] Friedrich Adolph Sorge voraus: »Die nächste Internationale wird - nachdem Marx' Schriften einige Jahre gewirkt - direkt kommunistisch sein und geradezu unsere Prinzipien aufpflanzen.«

In Großbritannien und in den USA, wo es eine sehr starke Arbeiterklasse gab, aber sozialistische Strömungen sehr schwach waren und die Arbeiter die Parteien der herrschenden Klassen wählten, befürworteten Marx und Engels weiterhin ihre alte Linie, dass eine breite unabhängige Arbeiterpartei gegründet werden sollte. Sie machten sich dabei kaum Gedanken über deren künftiges Programm oder ihre theoretische Basis. Engels schrieb 1881 eine Reihe von Artikeln in diesem Sinne in der Zeitung *Labour Standard*. Er sah die Entstehung der [britischen] Labour Party voraus: »Neben den Verbänden in den einzelnen Industriezweigen oder über ihnen muss ein Gesamtverband, eine politische Organisation der Arbeiterklasse als Ganzes entstehen.« 1893 drang er darauf, dass alle Sozialisten der Unabhängigen Arbeiterpartei (*Independent Labour Partei*) beitreten sollten.

Aber was Frankreich und Deutschland betraf, wo die Bewegung viel weiter fortgeschritten war, nahmen Marx und Engels eine gänzlich andere Haltung ein. Hier sahen sie das erste Mal die Möglichkeit der Schaffung relevanter marxistischer Parteien in der Gestalt der *Parti Ouvrier Français* und der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands*. Und um diese Möglichkeiten umzusetzen, schenkten sie den Fragen der Theorie und des Programms besondere Aufmerksamkeit. ... [Engels] bemerkte: »Es scheint, jede Arbeiterpartei eines großen Landes kann sich nur in innerem Kampf entwickeln, wie es in den dialektischen Entwicklungsgesetzen überhaupt begründet ist.«

Im Umgang mit der deutschen Sozialdemokratie legten Marx und Engels die schärfsten theoretischen Maßstäbe an. Als sich 1875 die SDAP mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein (ADAV) unter Ferdinand Lassalle vereinigte, um die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD, später SPD) zu gründen, waren Marx und Engels gegen diesen Schritt. Er sei »unsererseits überstürzt« gewesen und habe theoretische Zugeständnisse mit sich gebracht.

Marx unterzog das Vereinigungsprogramm einer verheerenden Kritik. Er griff nicht bloß die reaktionären Implikationen der Lassalleanischen Formulierungen wie »das eheme Lohngesetz«, »die gerechte Verteilung des Arbeitsertrags« und »Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe« an. Er behandelte auch die ganze Frage des Klassencharakters des Staates und argumentierte gegen den Ruf nach einem »freien Volksstaat«. Er verurteilte das Programm für seinen Mangel an Internationalismus und klagte: »Seine politischen Forderungen enthalten nichts, außer der aller Welt bekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr etc.«

1877 begann Engels die Arbeit an dem umfangreichen Werk, das als Anti-Dühring bekannt wurde, um die Hegemonie des Marxismus in der deutschen Bewegung zu wahren. 1879 sandten Marx und Engels einen »Zirkularbrief« an die Parteiführer, die in stärksten möglichen Worten die Entstehung nichtproletarischer Tendenzen innerhalb der Partei angriffen, die den Klassenkampf und den Klassencharakter der Partei verleugneten und »offen aussprechen, dass die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien, und erst von oben herab befreit werden müssen, durch

philanthropische Groß- und Kleinbürger».

1879 protestierten sie gegen »die unzeitige Sanftmut Liebnechts im Reichstag« vor dem Bismarckschen Sozialistengesetz und gegen die opportunistische Unterstützung der Bismarckschen Schutzzollpolitik seitens der Reichstagsfraktion der SAPD. Als Reaktion darauf erklärte Marx: »Sie sind schon so weit vom parlamentarischen Idiotismus angegriffen, dass sie glauben, über der Kritik zu stehen ...«

Aber dieser unaufhörliche Strom an Kritik sollte uns nicht irreleiten. Er spiegelte nicht eine Feindseligkeit der deutschen Sozialdemokratie gegenüber. Vielmehr zeigt er das besondere Interesse von Marx und Engels ihr gegenüber, sowie ihre Sorgen um jene Organisation, die sie wiederholt als »unsere Partei« beschrieben. Trotz der heftigen Angriffe auf jeden offenen Ausdruck des Reformismus und der Kapitulation vor der bürgerlichen Demokratie blieben Marx und Engels der deutschen Partei in »Solidarität« verbunden, und so wurde sie mit ihrem Segen zu dem Musterbeispiel einer marxistischen Partei für den Rest der Welt.

Was Marx und Engels nicht sahen: Die Hauptgefahr lag nicht darin, was die Partei sagte, sondern darin, was sie machte, und was sie im Wesen war. Dieses Problem kam einige Jahre später in der sogenannten »Revisionismus-Debatte« zum Vorschein, als [Eduard] Bernstein forderte, die Partei möge eine offen reformistische Haltung annehmen.

In einem sehr scharfsinnigen Brief schrieb der bayerische Sozialist Ignaz Auer an Bernstein:

Mein lieber Ede, man entscheidet nicht formell, das zu machen, was Sie fordern, man sagt es nicht, man macht es einfach. Unsere ganze Tätigkeit - auch unter dem schändlichen Sozialistengesetz - war die Tätigkeit einer sozialdemokratischen Reformpartei. Eine Partei, die mit den Massen rechnet, kann nichts anderes sein.

Die Wurzel des Problems lag im Verhältnis von Partei und Arbeiterklasse. Das Problem lag in einer Vorstellung begründet, die weder Marx noch Engels je deutlich in Frage gestellt hätten, wonach eine breit aufgestellte Partei stetig und reibungslos immer weiter wächst, dabei immer breitere Kreise der Arbeiterklasse organisiert, bis sie schließlich die überwältigende Mehrheit der Arbeiter in ihren Reihen zählt.

Chris Harman fasste es so: »Kennzeichnend für die sozialdemokratische Parteitheorie ist die Vorstellung, dass die Partei die Klasse repräsentiert.« Wenn die Partei die Klasse repräsentiert, dann muss sie zwangsläufig die verschiedenen innerhalb der Klasse bestehenden Tendenzen umfassen.

Obwohl sie stets um die Vorherrschaft marxistischer Auffassungen in der Partei kämpften, haben Marx und Engels diese Konzeption nicht grundlegend in Frage gestellt. So schrieb Engels 1890: »Die Partei ist so groß, dass absolute Freiheit in der Debatte innerhalb ihrer eine Notwendigkeit ist. Die größte Partei im Reich kann nicht bestehen, ohne dass alle Schattierungen in ihr vollauf zu Worte kommen ...«

Wenn aber die Partei die Klasse repräsentiert, in einer Periode des kapitalistischen Aufschwungs und der politischen Stabilität, in welcher die Masse der Arbeiterklasse reformistisch ist, dann muss auch die Partei reformistisch geprägt sein - selbst wenn sie es nicht offen zugibt.

Indes, reformistische Arbeiter und eine reformistische politische Führung sind keineswegs ein und dasselbe. Das Bewusstsein eines Durchschnittsarbeiters ist eine Mischung aus oft widersprüchlichen Elementen. Wenn er unter dem Druck seiner materiellen Bedürfnisse sich selbst an einem am Kampf direkt beteiligt und es zu dramatischen Änderungen in der politischen Situation kommt, dann kann sich sein Bewusstsein sehr schnell ändern.

Das Bewusstsein eines Arbeiterführers ist hingegen viel fester und in sich geschlossener (gerade das macht ihn ja zu einer führenden Persönlichkeit). Deshalb ist sein Bewusstsein weit weniger offen für Änderungen. Außerdem sind Arbeiterführer häufig nicht den gleichen materiellen Zwängen unterworfen wie der durchschnittliche Lohnabhängige, sondern nimmt nicht selten eine privilegierte Position ein (z. B. als Mandatsträger im Parlament oder als Gewerkschaftsfunktionär).

Die Folge ist, dass sich das Verhältnis als Repräsentant der Arbeiterklasse in einer Phase der Reformen sich zu einem Verhältnis wandelt, wo man in einer revolutionären Phase in einen Gegensatz zur Arbeiterklasse gerät und sie verrät. Um während einer revolutionären Situation mit der Arbeiterklasse zu sein, muss man während der vorrevolutionären

Periode ihr voraus sein. Die Partei hört dabei nicht auf, die Interessen der Klasse als Ganzes zu vertreten. Aber um das zu machen, muss sie ihre Mitgliedschaft auf diejenigen beschränken, für die die Interessen der Klasse als Ganzes über individuelle, sektionale oder nationale Interessen steht... Das heißt, sie muss sich auf Revolutionäre beschränken.

Dass Marx eine solche Vorstellung nicht entwickelte, die der eigentlich Ausgangspunkt für eine Theorie einer revolutionären Partei ist, hat ihre Wurzeln in einem »optimistischen Evolutionismus«. Das heißt, in der Ansicht, wonach sich das Bewusstsein der Arbeiterklasse relativ reibungslos und gleichmäßig entwickelt, mehr oder weniger im direkten Verhältnis zur Entwicklung des Kapitalismus. Dass Marx über diesen Standpunkt nicht hinausging, kann indes nicht überraschen. Den größten Teil seines Lebens gab es das Problem des Reformismus überhaupt nicht; die Hauptaufgabe bestand in der Überwindung der kleinbürgerlichen, sektiererischen, konspirativen und utopisch-sozialistischen Traditionen der revolutionären Organisationen, wie sie aus der Französischen Revolution [von 1789-93] ererbt wurden. Es ging um die Begründung der politischen Unabhängigkeit des Proletariats. Marx' Beitrag bei der Umsetzung dieser Ziele in den meisten europäischen Ländern war riesig. Wenn er im Verlauf des Kampfes den Bogen in Richtung eines ökonomischen Determinismus überspannte, dann ist das völlig verständlich. Zugleich ist es notwendig zu verstehen, dass im Bereich der Parteitheorie das Erbe von Marx', ungeachtet seiner Verdienste, im Laufe der Zeit von der marxistischen Bewegung überwunden werden musste, wenn das Ziel der Sturz des Kapitalismus bleiben sollte.

Lenin und die Geburt des Bolschewismus

... Die Geschichte der Entwicklung der Spaltung [der russischen Sozialdemokratie von 1903 in einen bolschewistischen Flügel um Lenin und einen menschewistischen Flügel um Martow] ist sowohl kompliziert als auch schwer verständlich.... Kurz skizziert passierte folgendes: Die vorher vereinte (und vorherrschende) Strömung um die Zeitung Iskra (Der Funke) spaltete sich über die Formulierung des ersten Artikels der Satzung der Partei. Martows Formulierung war folgende: »Als Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands gilt jeder, der ihr Programm anerkennt, die Partei in materieller Hinsicht unterstützt und ihr unter Leitung einer ihrer Organisationen regelmäßig persönlichen Beistand leistet.« Lenins Formulierung lautete: »Als Mitglied der Partei gilt jeder, der ihr Programm anerkennt und die Partei sowohl durch materielle Mittel als auch durch persönliche Betätigung in einer der Parteiorganisationen unterstützt.«

... Zum Zweck dieser Untersuchung ist es notwendig zwei Fragen zu stellen. Erstens, worum ging es wirklich in diesem Streit, der so haarspalterisch erscheint? Zweitens, wie wirkte die Spaltung auf die Entwicklung der Leninschen Theorie der Partei zurück?

Um die eigentliche Bedeutung eines Streits in der marxistischen Bewegung zu verstehen, ist es immer notwendig, ihn in seinem Zusammenhang zu sehen. » Die Wahrheit ist immer konkret«, wie Lenin so gern sagte. ... Die damalige sozialdemokratische Bewegung in Russland war damals von einem unbeständigen, anarchischen Zirkelwesen geprägt. Sie operierten unter den Bedingungen des [zaristischen] Absolutismus als illegale Parteiorganisation. Zugleich lagen den Auseinandersetzungen über die Parteisatzung politische Gegensätze zugrunde, die die Streitenden spürten, ohne dass sie in irgendeinem Punkte klar hervorgetreten wären.

Der Wortlaut der beiden Vorschläge für den ersten Artikel der Satzung lässt den Gegensatz kaum ahnen. Sicher ist, dass Martow eine Partei mit verschwimmenden Grenzen haben wollte, wie sie sich aus dem Zustand der Bewegung ergaben, mit starker Autonomie der einzelnen Gruppen, eine Partei der Agitation, die breit und lose möglichst alles umfasste, was sich Sozialist nannte. Lenin aber kam es darauf an, die Autonomie und damit die Isolierung der lokal entstandenen Gruppen zu überwinden und so die Gefahr ihrer Verknöcherung oder gar ihres Zurückbleibens hinter der Gesamtentwicklung zu vermeiden. Er wollte eine fest zusammengeschlossene Partei, die als Vorhut der Klasse mit dieser verbunden, aber doch zugleich klar definiert bleibt.

Es gab noch einen anderen Aspekt der Debatte, auf den Lenin pochte. Es gab eine zweite mögliche Interpretation der Martowschen Formulierung: »Jede Parteiorganisation hat das Recht jeden als Parteimitglied anzuerkennen [und Aufträge zu delegieren, die] unter ihrer Leitung [durchgeführt werden]...« Lenin bemerkt:

Solche Sonderaufträge werden natürlich niemals der Masse der Arbeiter erteilt werden, den Tausenden von Proletariern ... - sie werden oft gerade ... Professoren anvertraut werden ... Kurzum, die Formel des Genossen Martow wird entweder ein toter Buchstabe, eine hohle Phrase bleiben, oder sie wird von Vorteil hauptsächlich

und fast ausschließlich »den Intellektuellen, die durch und durch vorn bürgerlichen Individualismus durchtränkt sind und der Organisation nicht angehören wollen, Nutzen bringen. ...

Die gemeinsame Disziplin in einer gemeinsamen Ortsgruppe war für Lenin wichtiger als das Bekenntnis zur marxistischen Theorie, die Propagierung von marxistischer Formeln oder der Besitz eines Parteibuchs... Lenin bestand darauf, dass der marxistische Intellektuelle die ideologische Disziplin der Proletarier in der Ortsgruppe brauchte, weil sonst er sich nicht bloß der lokalen Disziplin, sondern auch der theoretischen Disziplinierung durch den ökonomischen Inhalt der russischen Revolution widersetze. Es war diese Weichheit gegenüber den bürgerlichen Intellektuellen, die wahrscheinlich die Hauptursache der Martowschen Feindseligkeit gegenüber Lenin war ...

Lenins Gedanken bedeuteten einen Durchbruch zu einem neuen marxistischen Ansatz in der Organisationsfrage. Er unterschied zwischen Partei der Klasse und der Klasse selbst. Dies erklärt, warum sich der Streit an der Frage der Mitgliedsbedingungen entzündete.

Lenin argumentierte:

... je stärker unsere Parteiorganisationen sein werden, denen wirkliche Sozialdemokraten angehören, je weniger Wankelmütigkeit und Unbeständigkeit es innerhalb der Partei geben wird, um so breiter, vielseitiger, reicher und fruchtbarer wird der Einfluss der Partei auf die sie umgebenden, von ihr geleiteten Elemente der Arbeitermassen. Man darf doch wirklich die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse nicht mit der ganzen Klasse verwechseln.

Es ist dieser letzte Satz, der den Bruch mit Marx' Vorstellung von der Partei darstellte, in der die Unterscheidung zwischen Partei und Klasse verschwommen blieb. Er stellte einen noch tieferen Bruch mit der sich entwickelnden orthodoxen sozialdemokratischen Vorstellung dar, wonach die Partei den Vertreter der Klasse darstellt. Dieser Bruch war ein permanenter, und nicht nur von vorläufiger oder bloß russischer Natur. Lenin begründete ihn nicht mit den praktischen Notwendigkeiten der Geheimhaltung angesichts der zaristischen Unterdrückung (obwohl diese selbstverständlich nicht außer Acht gelassen werden dürfen)..., sondern mit der objektiven Lage des Proletariats unter dem Kapitalismus:

Gerade weil es Unterschiede im Grad der Bewusstheit und im Grad der Aktivität besteht, muss auch ein Unterschied im Grad der Nähe zur Partei gemacht werden ... es wäre ... »Nachtrabpolitik«, wollte man glauben, dass irgendwann unter der Herrschaft des Kapitalismus fast die gesamte oder die gesamte Arbeiterklasse imstande wäre, sich bis zu der Bewusstheit und der Aktivität zu erheben, auf der ihr Vortrupp, ihre sozialdemokratische Partei, steht.

Bedeutsam an dieser Passage: Lenin wirft seinen Gegnern eine »Nachtrabpolitik« vor ... So illustriert er polemisch den Fatalismus, der sich als Achillesferse der [orthodox sozialdemokratischen] Zweiten Internationale beweisen sollte. Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Broschüre *Ein Schritt nach vorne, zwei Schritte zurück* der Gegensatz zwischen der bolschewistischen aktivistischen, revolutionären Weltanschauung und der »nachtrabenden« fatalistischen Selbstgefälligkeit der Menschewiki.

Die bolschewistische Partei war die Verkörperung der Ideen Lenins. Wie sah sie in der Praxis aus, und wie unterschied sie sich von den »orthodoxeren« sozialdemokratischen Parteien des Westens? Erstens waren die Bolschewiki selbstverständlich eine illegale Partei. Sie operierte in einem Land, in dem es keine demokratischen Freiheiten und keine wirksamen Gewerkschaften gab. Demgegenüber waren die meisten sozialdemokratischen Organisationen im Westen bereits lange legal. Folglich entwickelten die Bolschewiki nicht, wie z. B. die SPD, eine breite Schicht an Funktionären, die sich aus lokalen Hauptamtlichen, Gewerkschaftsführern, Parlamentsabgeordneten, Stadträten usw. zusammensetzte. Diese Schicht ist unausweichlich dem außerordentlich »mäßigen« Druck ihrer Umgebung ausgesetzt.

Diese Schicht nimmt gegenüber den Arbeitern an der Basis eine hervorgehobene Stellung ein und begann [Ende des 19. Jahrhunderts] eine bestimmte Funktion zu spielen, nicht bloß in der Arbeiterbewegung, sondern auch innerhalb des Kapitalismus als Ganzes, als Vermittler zwischen den Klassen. Daraus ergab sich ihr Interesse am innergesellschaftlichen Frieden. Sie bildeten daher eine größere konservative Kraft [innerhalb der Arbeiterbewegung]. Innerhalb der internationalen Sozialdemokratie funktionierte diese Schicht als permanente Basis für den Reformismus. Die Tatsache, dass die bolschewistische Führung und ihre Kader in den russischen Städten dem Gefängnis bzw. dem sibirischen Exil näher als Ministerposten oder einem hauptamtlichen Posten in den Gewerkschaften waren, und dass die Partei selbst kaum über einen nennenswerten Apparat verfügte, schirmte die Partei fast völlig (aber nicht ganz) vor bürokratischer Erstarrung ab.

Die Zusammensetzung der bolschewistischen Partei war proletarisch geprägt. David Lane hat die bolschewistischen Mitgliedschaft für 1905 wie folgt aufgeschlüsselt: Arbeiter - 61,9 Prozent; Bauern - 4,8 Prozent; Angestellte - 27,4 Prozent; Sonstige - 5,9 Prozent. Er kam zum Schluss: »Betrachtet man die unteren Ebenen der Partei, und beurteilt man ihrer Unterstützung im Volk, kann man sagen, dass die Bolschewiki eine „Arbeiterpartei“ waren«, während »die Menschewiki verhältnismäßig mehr „kleinbürgerliche“ Mitglieder und weniger Unterstützer aus der Arbeiterklasse hatten«. In der Zeit der Reaktion [nach der niedergeschlagenen Revolution von 1905] traten Intellektuelle in Massen aus der sozialdemokratischen Bewegung aus, während die Betriebszellen, obwohl isoliert, besser überlebten. Dies steigerte noch den proletarischen Charakter der Partei.

... Die Kombination des illegalen Status der Partei und ihrer proletarischen Zusammensetzung führte zu einer organisatorischen Struktur, die sich radikal von der [im Westen] üblichen sozialdemokratischen Tradition unterschied. Ungeachtet ihrer revolutionären Rhetorik bestand die Strategie der meisten Parteien der [sozialdemokratischen] Zweiten Internationale im Wesentlichen darin, die parlamentarische Mehrheit zu erringen. Folglich wurden die Basisgliederungen dieser Parteien nach Wohnort organisiert, um die Mobilisierung für Wahlkampagnen in den entsprechenden Wahlkreisen zu erleichtern. In Russland führte das Ausbleiben von Parlamentswahlen (die Wahlen, die für das Scheinparlament Duma stattfanden, wurden auf betrieblicher Basis organisiert) und die Notwendigkeit der klandestinen Tätigkeit seitens der Bolschewiki dazu, die eigene Organisationsform auf die Betriebe zu stützen.

Osip Pjatnitski, ein alter bolschewistischer Organisator, ... beschrieb die Arbeit der bolschewistischen Betriebszellen wie folgt:

Im zaristischen Russland ... griffen die Parteizellen alle Beschwerden in den Betrieben auf. Ganz gleich, ob es um Gemeinheiten durch die Vorarbeiter ging, um Abzüge vom Lohn, um Bußgelder, um ausgebliebene Hilfeleistung bei Unfällen usw.: Alles fand seinen Weg in die mündliche Agitation an der Werkbank, in Flugblätter, wurden auf Versammlungen am Betriebstor oder auf dem Betriebshof thematisiert, sowie auf besonderen Veranstaltungen der klassenbewussteren und revolutionären Arbeiter. Die Bolschewiki zeigten immer die Verbindung zwischen der Willkür in den Betrieben und der Herrschaft der [zaristischen] Selbstherrschaft ... Gleichzeitig wurde die Selbstherrschaft in der Agitation der Parteizellen mit dem kapitalistischen System verbunden, so dass bereits mit dem Entstehen der Arbeiterbewegung [in Russland] die Bolschewiki die Verbindung zwischen dem ökonomischen und dem politischen Kampf einbrachten.

So war die bolschewistische Partei nicht bloß die politische Vertretung der Arbeiterklasse, sondern eine interventionistische Kampfpartei, die danach strebte, die Klasse voranzutreiben und in den Kämpfen zu führen.

... Schließlich war die bolschewistische Partei ein diszipliniert arbeitender Körper. Sie funktionierte im Innern nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Aber diese Formel hatte an sich keine besondere Bedeutung. Sie war auch nicht spezifisch leninistisch, da sie theoretisch sowohl von den Menschewiki als auch von vielen anderen sozialdemokratischen Parteien akzeptiert wurde.

Bedeutung erhielt die Interpretation, die dem demokratischen Zentralismus in der Praxis gegeben wurde. Lenin definierte ihn als »Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und Kritik«, wobei er Freiheit der Kritik innerhalb des Rahmens des Parteiprogramms meinte, um zu Entscheidungen zu kommen, die dann einheitlich durchgeführt werden. Keine Partei, unter deren Dach zugleich revolutionäre und reformistische Flügel bestehen, d. h. Gruppen mit grundsätzlich voneinander abweichenden Zielen, kann in der Praxis eine disziplinierte Organisation sein.

So nahm die deutsche Sozialdemokratie eine sehr laxen Haltung gegenüber Disziplinlosigkeiten ihrer Mandatsträger ein, obwohl formell die Einheit der Partei beschworen wurde. Einheit ganz nicht durch Vorschriften und Artikel in der Satzung erreicht werden. Die Frage ist, ob die Mitglieder der Partei dieselben Ziele verfolgen.

Ohne Organisation der Massen, schrieb Lenin, ist das Proletariat nichts. Organisiert ist es alles. Organisiertheit ist Einheit der Aktion, ist Einheit des praktischen Handelns. Selbstverständlich sind aber alle Aktionen und alles Handeln nur deshalb und insofern von Wert, als sie vorwärtsbringen und nicht zurückwerfen. Organisation ohne ideologischen Inhalt ist Unfug, der die Arbeiter in der Praxis in klägliche Nachläufer der machthabenden Bourgeoisie verwandelt ... Deshalb dürfen klassenbewusste Arbeiter niemals vergessen, dass es so ernsthafte Verletzungen der Prinzipien geben kann, dass der Bruch aller organisatorischen Beziehungen zur Pflicht wird.

Die bolschewistische Partei wurde durch die äußere Situation [der extremen Repression] zur Disziplin gezwungen. Und konnte die erforderliche Disziplin erarbeiten, weil sie politisch einheitlich war. Wichtig indessen ist es zu verstehen, dass diese Disziplin nicht, wie oft behauptet wurde, unabhängige Initiativen aus der Basis der Partei ausschloss. Dieselben repressiven Bedingungen, die die Aktionseinheit zur Notwendigkeit machten, zwangen die lokalen Sektionen der Partei auch dazu, selbständig zu handeln.

Pjatnitski schreibt dazu: »Die lokalen Parteiorganisationen, die Zellen, wurden zur Selbstinitiative ermutigt. Hätten die Bolschewiki in Odessa, Moskau, Baku oder Tiflis immer auf Weisungen des Zentralkomitees gewartet, die während der Jahre der Reaktion und des Kriegs wegen Verhaftungen überhaupt nicht existierten, was wäre das Ergebnis gewesen? Die Bolschewiki hätten die werktätigen Massen nicht für sich einnehmen können und keinerlei Einfluss auf sie ausgeübt.«

... Es gibt zwei Leitmotive in Lenins Theorie der Partei. Erstens die unabhängige Organisation der fortgeschrittenen Arbeiter, die die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten repräsentiert und als Endziel die internationale sozialistische Revolution verfolgt. Zweitens, das engst mögliche Verhältnis mit der Masse der Arbeiter, die dadurch hergestellt wird, dass man praktische Führung in jedem Kampf liefert, in den die Arbeiter hineingezogen werden oder der ihre Interessen berührt.

Aus dem ersten ergibt sich das strenge Festhalten an Prinzipien und die Bereitschaft, vorübergehend auch die Position einer winzigen und scheinbar isolierten Minderheit anzunehmen, sowie das Führen eines unerbittlichen Kampfes gegen alle Zeichen des Opportunismus. Der zweite Punkt erfordert eine ausgeprägte taktische Flexibilität und die Fähigkeit, jeden Weg zu nutzen, um in Kontakt mit den Massen zu kommen. Diese beiden Elemente sind nicht getrennt, sondern dialektisch miteinander verbunden und gegenseitig voneinander abhängig. Ohne feste Prinzipien und disziplinierte Organisation wird die Partei unfähig sein, notwendige abrupte taktische Wendungen durchzuführen, oder wird von diesen aus der Bahn geworfen. Ohne tiefe Verwurzelung in den Kämpfen der Arbeiterklasse wird die Partei unfähig sein, Selbstdisziplin zu schmieden und zu bewahren und wird so dem Druck fremder Klassen unterworfen. Wenn der tagtägliche Kampf der Arbeiterklasse nicht mit dem Endziel des Sturzes des Kapitalismus verbunden wird, werden diese letztlich scheitern. Wenn die Partei nicht das Endziel mit unmittelbaren Kämpfen verbinden kann, wird sie zu einer nutzlosen Sekte verfallen.

Je entwickelter die spontaner Aktivität der Arbeiter, desto mehr fordert sie bewusste revolutionäre Organisation, will sie der katastrophalen Niederlagen vermeiden. Aber revolutionäre Organisation lässt sich nicht bewahren und erneuern, wenn sie nicht frisches Blut aus der spontanen Revolte der Massen bekommt.

Alle organisatorischen Formen, die den Bolschewismus kennzeichnen - die deutliche Unterscheidung zwischen Mitglied und Nichtmitglied, die Verpflichtung aller Mitglieder zur Aktivität, die vollständige innerparteiliche Demokratie, die vorrangige Rolle der Betriebszelle, die Kombination legaler und illegaler Arbeit - entstanden aus der Notwendigkeit, diese beiden Elemente zu kombinieren....

Beide hier skizzierte Aspekte waren ständige Begleiter des Wirkens Lenins. Aber in manchen Zeiten überwog der eine, in manchen Zeiten überwog der andere Aspekt. 1903 und 1914 sowie bei den ersten zwei Kongressen der Kommunistischen Internationale betonte Lenin die Unabhängigkeit der Partei. [Während der Revolution] 1905 und [infolge der revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg] auf dritten und beim vierten Kongress der [Kommunistischen] Internationale betonte er die Nähe zu den Massen. Während der russischen Revolution im Oktober 1917 waren beiden Aspekte untrennbar miteinander verflochten - weil sich in der Revolution die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse mit ihren historischen Interessen verband. Lenins Genialität bestand in seiner Fähigkeit, zu beurteilen, welcher Aspekt zu betonen sei, in welche Richtung man zu einer bestimmten Zeit nicht den Bogen überspannen sollte.

... Von allen Marxisten machte Lenin ohne Frage den größten und bedeutendsten Beitrag zur Entwicklung der Theorie der Partei. Seine Ideen verwandelten die Organisation, Strategie und Taktik zuerst der russischen und dann der weltweiten Arbeiterbewegung. Sie sind der Rahmen, an dem sich alle anderen Beiträge zur Theorie der Partei, einschließlich jener von Marx, messen müssen.

Teil 3: Der Bruch zwischen SPD und KPD

„Ein fester, aktionsfähiger Kern“

STEFAN BORNOST

Erschienen in marx21, November 2008

Gegen alle Widerstände organisierte Rosa Luxemburg ab 1914 ein Netzwerk von revolutionären Sozialisten. Stefan Bornost erzählt die Geschichte des Spartakusbundes.

Der Abend des 4. August 1914: Eine Handvoll Vertreter der SPD-Linken versammelt sich im Wohnzimmer von Rosa Luxemburg in Berlin-Süden. Die Stimmung ist gedrückt, denn das Unfassbare ist geschehen: Wenige Stunden zuvor hat die SPD-Fraktion im Reichstag den kaiserlichen Kriegskrediten zugestimmt. Damit unterstützte die Partei genau den Krieg, vor dem sie seit Jahren gewarnt hatte.

Bisher vertrat die SPD einen klar anti-militaristischen Standpunkt. Noch zwei Jahre zuvor hatte sie eine Resolution verabschiedet, in der stand: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Jetzt, wo den Worten Taten folgen sollten, fiel die SPD-Führung um.

In der SPD bleiben?

Die Linken um Rosa Luxemburg hatten sich getroffen, um zu diskutieren, wie sie mit der Situation umgehen sollten. Die Gruppe war sehr klein - Rosa Luxemburg hatte trotz oftmals großer Differenzen mit der SPD-Führung nie eine feste Gruppe von Gleichgesinnten um sich geschart. Sie hatte gefürchtet, sich so in der Partei zu isolieren.

Allen Anwesenden war klar, dass die gesamte Arbeit jetzt auf den Aufbau einer Anti-Kriegs-Bewegung zu richten sei. Umstritten war jedoch, welche organisatorische Konsequenz die Linken aus dem Verrat der SPD-Führung ziehen sollte. Die Idee eines gemeinsamen, öffentlichkeitswirksamen Parteiaustritts kam auf - und wurde nach kurzer Diskussion von allen Beteiligten verworfen. Rosa Luxemburgs meinte ein paar Jahre später hierzu: „Aus kleinen Sekten und Konventikeln kann man ‚austreten‘, wenn sie einem nicht mehr passen, um neue Sekten und Konventikel zu gründen. Es ist nichts als unreife Phantasie, die gesamte Masse der Proletarier aus diesem schwersten und gefährlichsten Joch der Bourgeoisie durch einfachen ‚Austritt‘ befreien zu wollen und ihr auf diesem Wege mit tapferem Beispiel voranzugehen.“

Leo Jogiches, langjähriger Mitstreiter Luxemburgs, nannte klare Kriterien für das weitere Verbleiben in der SPD: „Die Zugehörigkeit zur gegenwärtigen SPD darf von der Opposition nur solange aufrechterhalten werden, als diese ihre selbständige politische Aktion nicht hemmt noch beeinträchtigt. Die Opposition verbleibt in der Partei, nur um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu bekämpfen und zu durchkreuzen und die Partei als Rekrutierungsfeld für den proletarischen antiimperialistischen Klassenkampf zu benutzen.“

Luxemburg und ihre Genossen gingen davon aus, dass an der SPD-Basis große Verwirrung, aber auch Unmut über den Kurswechsel der Führung herrsche. Deshalb beschlossen sie eine Art Doppelstrategie. Zum einen wollten sie sich über Flugblätter direkt an die Arbeiterschaft wenden, um so eine außerparlamentarische Opposition gegen den Krieg aufzubauen. Zum anderen sollte auf allen Ebenen der Kampf um die SPD geführt werden. Die Flugblätter liefen unter dem Titel Spartakusbriefe, und so wurde die Gruppe um Luxemburg in der Partei im Laufe des Krieges als „Spartakusbund“ bekannt.

Gärung in der Partei

Sehr schnell zeigte sich, dass es tatsächlich in der SPD rumorte. Aus vielen Ortsvereinen wurden Proteste gegen den Vorstand laut. Am 6. August sprach die überwältigende Mehrheit der Ortsversammlung in Stuttgart der

Reichstagsfraktion das Misstrauen aus. Dort gelang es den Linken gar, die Rechten aus der Partei auszuschließen und die örtliche Zeitung zu kontrollieren. Das war kein Einzelfall: Die Bremer-Bürger-Zeitung, der Braunschweiger Volksfreund, das Gothaer Volksblatt, Der Kampf in Duisburg, sowie Parteizeitungen in Nürnberg, Halle, Leipzig und Berlin protestierten ebenfalls gegen die Zustimmung zu den Kriegskrediten und spiegelten so die Ablehnung großer Teile der Parteibasis wider.

Dieser Unmut erreichte mit der Zeit auch die SPD-Reichstagsfraktion. Am 4. August hatten noch alle Abgeordneten für die Kriegskredite gestimmt - auch Karl Liebknecht, ein enger Vertrauter Luxemburgs - um die Fraktionsdisziplin nicht zu brechen. Nachdem Liebknecht auf Basisversammlungen scharf für sein Verhalten kritisiert wurde, begann er, offen in der Fraktion gegen den Krieg zu arbeiten. So konnte er immer mehr Abgeordnete auf seine Seite ziehen. Bei einer erneuten Abstimmung über die Kriegskredite am 22. Oktober 1914 verließen fünf SPD-Abgeordnete aus Protest den Saal. Etwa einen Monat später - am 2. Dezember 1914 - stimmte Liebknecht dann als erster Abgeordneter gegen die Kredite. Bei der Abstimmung im März 1915 verließen bereits fast 30 sozialdemokratische Parlamentarier den Saal, und ein Jahr nach Kriegsbeginn, am 19. August 1915, stimmten schließlich 36 SPD-Abgeordnete gegen die Kredite.

Die Internationale

Um ihre Ideen und ihre Kritik an der SPD-Führung breiter bekannt zu machen, entschlossen sich Luxemburg und ihre Genossen, eine Zeitschrift herauszubringen. Diese sollte die namhaftesten Persönlichkeiten der Opposition zusammenbringen um möglichst breit in die Partei hineinzuwirken. Außerdem sollte sie helfen, das Netzwerk der Kriegsgegner auf ein solides ideologisches Fundament zu stellen. Die Nr. 1 von „Die Internationale“, so der Name der Zeitschrift, kam im April 1915 raus und war ein Riesenerfolg: Von 9.000 gedruckten Exemplaren gingen allein am ersten Abend 5.000 weg. Der Bedarf nach klaren Worten und Ideen gegen den Krieg war an der SPD-Basis enorm.

Weil die Erstausgabe der Internationale so erfolgreich war, kam nie eine zweite Ausgabe heraus - die kaiserlichen Behörden zensurierten gnadenlos. Doch das half nichts: Infolge der einsetzenden Kriegsmüdigkeit gewann die Bewegung gegen den Krieg an Fahrt.

Am 1. Mai 1916 gingen etwa 10.000 Menschen in Berlin gegen den Krieg auf die Straße. Liebknecht ergriff das Wort und rief: „Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung“. Daraufhin wurde er verhaftet, was eine Protestwelle auslöste. Am 27. Juni demonstrierten 25.000 Arbeiter in Berlin für seine Freilassung. Einen Tag später protestierten sogar 55.000 Arbeiter mit einem politischen Streik gegen die Verhaftung.

Parallel zur aufkeimenden Bewegung verschoben sich auch die Kräfteverhältnisse innerhalb der SPD. 1916 hatte die Opposition bereits Verbindungen zu SPD-Gliederungen in 300 Städten. Die Führung geriet immer mehr unter Druck.

Drei Strömungen

Zu dieser Zeit war die SPD in drei innerparteiliche Strömungen zerfallen. Auf der ganz linken Seite standen die revolutionären Internationalisten. Dazu gehörten neben Rosa Luxemburg und dem Spartakusbund auch noch Zusammenschlüsse wie zum Beispiel die »Bremer Linke«. Die Internationalisten standen auf den politischen Grundlagen, wie sie die Vorkriegs-Sozialdemokratie formuliert hatte: Keine Zusammenarbeit mit der eigenen herrschenden Klasse im Krieg, sondern internationale Solidarität aller Arbeiter, um den Krieg zu beenden. Sie hielten es mit der Analyse des französischen Sozialisten Jean Jaures: »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Sie wollten deshalb die Herrschaft der Kapitalisten stürzen. Als Mittel hierzu sahen sie Proteste und Massenstreiks von Arbeitern und Soldaten.

Auf der rechten Seite befanden sich die »Sozialpatrioten« - jene Sozialdemokraten, die sich auf die Seite des Kaisers gestellt hatten und den Krieg unterstützten. Einige von ihnen ließen sich sogar vom Kaiser und der Regierung für Kriegspropaganda einspannen. Die Sozialpatrioten kontrollierten zudem die gewerkschaftlichen Führungen und versuchten, kampfbereite Arbeiter in den Betrieben zurückzuhalten, um den »Burgfrieden« mit der Regierung nicht zu gefährden. Den aufkeimenden Protest in der SPD versuchten die »Sozialpatrioten« autoritär zu unterdrücken, indem sie Kriegsgegner aus Gremien ausschlossen oder auch an die Polizei auslieferten.

Zwischen diesen beiden Flügeln stand das „Zentrum“. Seine Vertreter verfolgten eine Politik des „Sowohl-als-auch“. Anfänglich hatten sie mehrheitlich den Krieg unterstützt. Durch die zunehmenden Horrormeldungen von der Front und unter dem Einfluss der revolutionären Internationalisten bewegten sie sich in Richtung Kriegsgegnerschaft. Gleichzeitig wollten die Zentrumsleute keinen offenen Kampf gegen die „Sozialpatrioten“ führen, um die Einheit der Partei nicht zu

gefährden. Um den Krieg zu beenden, appellierten sie an Kaiser und Militärführung, in Friedensverhandlungen einzutreten - erfolglos. Der Aufbau einer Anti-Kriegs-Bewegung und deren Ausweitung in eine revolutionäre Bewegung lehnten sie entweder ab oder unterstützten sie nur halbherzig. An der Spitze dieser Strömung stand der bekannte marxistische Theoretiker Karl Kautsky. Sie schloss sich im März 1916 zur „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) innerhalb der SPD zusammen.

Wie mit dieser schwankenden Strömung umgehen? Das war eine große Frage, vor der Rosa Luxemburg und ihre Genossen standen. Ein Vorschlag war, eine gemeinsame Organisation innerhalb der SPD zu bilden. Luxemburg war dagegen. Als eine Konferenz der Kriegsgegner im Winter 1916 einberufen werden sollte, schrieb sie: „Unsere Taktik auf dieser Konferenz müsste dahin gehen, nicht etwa die ganze Opposition unter einen Hut zu bringen, sondern umgekehrt aus diesem Brei den kleinen, festen und aktionsfähigen Kern herauszuschälen, den wir um unsere Plattform gruppieren können. Mit organisatorischer Zusammenfassung hingegen ist große Vorsicht geboten. Denn alle Zusammenschlüsse der ‚Linken‘ führen nach meiner bitteren langjährigen Parteierfahrung nur dazu, den paar aktionsfähigen Leuten die Hände zu binden.“

Das heißt nicht, dass Luxemburg gegen die konkrete praktische Zusammenarbeit aller Kriegsgegner war. Sie glaubte allerdings, dass die inhaltlichen Gegensätze zwischen Zentrum und Revolutionären so groß waren, dass bei einem organisatorischen Zusammenschluss die Handlungsfähigkeit der Revolutionäre leiden würde. So gab es zum Beispiel in der Frage, ob Arbeiterstreiks gegen den Krieg unterstützenswert seien, keine Einigkeit. Ein Streit darüber hätte eine gemeinsame Plattform gelähmt.

USPD und Spartakusbund

Ab Ende 1916 driftete die SPD unaufhaltsam auf die Spaltung zu. Im Herbst jenes Jahres entschieden sich immer mehr Ortsvereine, dem Parteivorstand keine Mitgliederbeiträge mehr zu überweisen. Nachdem die Opposition am 7. Januar 1917 eine erste Reichskonferenz organisiert hatte, beschloss die SPD-Führung den Ausschluss aller Oppositionellen - sowohl der Revolutionäre als auch großer Teile des Zentrums. Die Spaltung der SPD war vollzogen. Zu Beginn des Weltkrieges hatte die Partei eine Million Mitglieder. Nach der Spaltung waren es nur noch 200.000 - vier Fünftel der Mitgliedschaft vergraulte die SPD-Führung durch ihren politischen Kurs.

Die Ausgeschlossenen organisierten Anfang April 1917 in Gotha eine weitere Reichskonferenz. Dort beschlossen sie die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). An der Gründungsversammlung nahmen Delegierte aus 91 sozialdemokratischen Wahlkreisorganisationen und 15 Reichstagsabgeordnete teil. Die USPD bestand aus einer heterogenen Mitgliedschaft: Unter ihren prominenten Gründern waren Kriegsgegner der ersten Stunde wie Hugo Haase oder Kurt Eisner, marxistische Theoretikern wie Karl Kautsky, aber auch theoretische Wegbereiter der Rechten wie Eduard Bernstein, der zwar die Kriegsbeteiligung ablehnte, aber keine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft anstrebte.

Nach der Gründung der USPD stellte sich für Revolutionäre die Organisationsfrage neu. Die Arbeit in der SPD war durch disziplinarische Maßnahmen der Parteiführung unterbunden worden, jetzt musste das Verhältnis zur neuen Partei bestimmt werden. Ist es besser, unabhängig von der USPD zu agieren oder Fraktionsarbeit innerhalb der Partei zu betreiben? Die Revolutionäre spalteten sich an diesem Punkt. Die »Bremer Linke« trat nicht der USPD bei, weil sie den vormaligen Zentrumsleuten ihre schwankende und halbherzige Haltung vorwarf.

Auch Rosa Luxemburg nahm nichts von ihrer Kritik an den Halbheiten des Zentrums zurück - im Gegenteil. Trotzdem argumentierte sie, und das mit Erfolg, für einen Eintritt des Spartakusbundes in die USPD. Ihre Überlegung war folgende: Die deutsche Arbeiterbewegung braucht eine revolutionäre Massenpartei, die nicht nur gegen den Krieg, sondern auch gegen das kapitalistische System als Ganzes den Kampf aufnimmt. Eine solche Partei fällt jedoch nicht vom Himmel, sondern ist das Ergebnis eines Gärungsprozesses, dessen erste Phase mit der organisatorischen Spaltung der SPD und der Gründung der USPD abgeschlossen ist. Die USPD stellt einen bedeutenden Schritt nach links von substantziellen Teilen des SPD-Apparates und der SPD-Anhängerschaft dar. Gleichzeitig ist die neue Partei so uneinheitlich und die Spannbreite ihrer Flügel so groß, dass in Folge einer großen gesellschaftlichen Krise, wie zum Beispiel einer revolutionären Massenbewegung, eine Krise der USPD selbst unausweichlich ist.

Leo Jogiches fasste zusammen: „Es gilt ebenso, die neue Partei, die größere Massen in sich vereinigen wird, als Rekrutierungsfeld für unsere Ansichten, für die entschiedene Richtung in der Opposition auszunutzen; es gilt schließlich, die Partei als ganzes durch rücksichtslose Kritik, durch unsere Tätigkeit in den Organisationen selbst wie auch durch unsere selbständigen Aktionen vorwärts zu treiben, eventuell auch ihrer schädlichen Einwirkung auf die Klasse

entgegenzuwirken."

Die *Bremer Linke* kritisierte den Schritt in die USPD scharf und behauptete, der Spartakusbund hätte seine politische Eigenständigkeit aufgegeben. Dem war keinesfalls so. Durch ihre Arbeit für die USPD ließen sich die Spartakisten nicht in ihren Aktivitäten in der Anti-Kriegs-Bewegung behindern. Im Gegenteil: Während einer riesigen Streikwelle mit einer Million Beteiligten im Januar 1918 standen Spartakisten an vorderster Stelle. Dagegen schafften es die Bremer Linken nie, über einen kleinen Kreis hinauszukommen.

Die Linke in der Revolution

Im November 1918 kam der von den Spartakus-Leuten lang ersehnte Moment: Die Revolution begann. Der Spartakusbund hatte bis zu diesem Zeitpunkt sein Organisationsnetz weiter ausgebaut. Er brachte acht verschiedene Publikationen mit Auflagen von 25.000 bis 100.000 Exemplaren heraus - zu einem Zeitpunkt, als nahezu die gesamte Leitung der Spartakisten im Gefängnis saß. Dennoch war der Spartakusbund im Verhältnis *zu* der gigantischen Bewegung, die jetzt hereinbrach, winzig klein: Die Organisation hatte gerade einmal 3.000 Mitglieder.

Rosa Luxemburg befürchtete, dass sich die SPD an die Spitze der revolutionären Bewegung setzen würde, um sie abzuwürgen. Schon im Oktober 1918 war die Partei vom angeschlagenen Kaiser in die Reichsregierung berufen worden. Luxemburg schrieb damals: »Der Regierungssozialismus stellt sich mit seinem jetzigen Eintritt in die Regierung als Retter des Kapitalismus der kommenden proletarischen Revolution in den Weg.« Deshalb kämpfte sie nach dem Beginn der Revolution dafür, dass sich die USPD ohne Wenn und Aber auf die Seite der revoltierenden Arbeiter und Soldaten stelle. Ihr wesentliches Argument: Wenn die Revolution nicht weitergetrieben wird, wenn die Arbeiter den Fabrikherren nicht die Macht entreißen, dann wird die alte Ordnung zurückkehren und fürchterlich Rache nehmen.

Der Verlauf der Revolution und des bald folgenden Bürgerkriegs sollte ihr Recht geben, doch im revolutionären Überschwang im November 1918 vertraten Rosa Luxemburg und der Spartakusbund eine Minderheitenposition. Als die SPD verkündete, sie wolle eine gemeinsame Regierung mit der USPD bilden, willigte deren Führung ein. Noch einmal versuchten die Spartakus-Leute, das Ruder rum zu reißen: Sie forderten einen USPD-Sonderparteitag, um eine Debatte über den neuen Kurs zu führen. Als sie damit scheiterten, entschieden sie, die USPD zu verlassen und eine neue Partei zu gründen. Luxemburg verkündete, dass es „für eine Partei der Halbheit und Zweideutigkeit in der Revolution keinen Platz mehr“ gebe. Die Spartakisten erwarteten das baldige Auseinanderbrechen der USPD. Zur Bilanz der Arbeit sagte Luxemburg: „Wir haben der USPD angehört, um aus der USPD herauszuschlagen, was herausgeschlagen werden kann, um die wertvollen Elemente der USPD voranzutreiben, um sie zu radikalieren. Das, was erreicht wurde, war außerordentlich gering. Mittlerweile dient die USPD als Feigenblatt für die Ebert-Scheidemann.“

Vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 fand der Gründungsparteitag einer neuen Partei statt: Der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Sie war im Wesentlichen eine Zusammenführung des Spartakusbundes mit den *Bremer Linken*. Die Delegierten der Gründungsversammlungen hatten hohe Erwartungen.

Zunächst stellten sich aber einige ihrer Grundannahmen als falsch heraus: Die USPD brach nicht auseinander. Im Gegenteil - sie wuchs rasant: Nachdem die Partei Ende Dezember 1918 die gemeinsame Regierung mit der SPD verlassen hatte, verdreifachte sich ihre Mitgliederzahl - von 100.000 im November auf 300.000 im Januar. Eine große Streikbewegung im Ruhrgebiet, die Bayerische Räterepublik und der Kapp-Putsch führten zu einem weiteren Wachstum der Partei. Im Oktober 1920 kam sie auf fast 900.000 Mitglieder. Bei der Reichstagswahl im Juni 1920 erreichte die USPD mit 17,9 Prozent der Stimmen nur knapp weniger als die SPD, die auf 21,3 Prozent kam. Nicht nur, dass viele durch die Revolution neu radikalisierte Arbeiter bei der USPD landeten - die Partei radikalisierte sich auch und bewegte sich nach links. Die KPD hingegen griff nicht in die Arbeiterschaft aus. Sie wurde Anfang 1919 verboten und war nach der Ermordung Luxemburgs, Liebknechts und Jogiches - wenige Wochen nach der Gründung der Partei - ihrer erfahrensten Führungspersonlichkeiten beraubt. Zudem war sie durch interne Streitigkeiten gelähmt, die schließlich 1920 zu einer neuerlichen Spaltung führten. Bei der Juni-Wahl kam sie gerade einmal auf 2,1 Prozent der Stimmen.

Revolutionäre in einer reformistischen Partei (Geleitwort zum Buch *Marxismus und Partei*)

Das vorliegende Buch *Marxismus und Partei* ist als Beitrag zur Debatte um revolutionäre Organisation am Anfang des 21. Jahrhunderts gedacht. Naturgemäß kann ein Beitrag, der Ende der 1970er Jahre publiziert wurde, nicht auf alle Fragestellungen eingehen, welche Jahrzehnte später aktuell werden.

John Molyneux argumentiert für die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Massenpartei. Er problematisiert das sozialdemokratische bzw. reformistische Organisationsverständnis mit seiner Fixierung auf Stellvertreterpolitik im Parlament. Beide Punkte sind aus unserer Sicht von herausragender Bedeutung. Wir teilen die Auffassung, dass Revolutionäre unter allen Umständen ihre organisatorische Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit wahren müssen, auch wenn sie nur eine kleine Minderheit darstellen. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, wie sich das Verhältnis der revolutionären Minderheit gegenüber einer reformistischen Mehrheit konkret gestaltet. Diese Frage müssen die Revolutionäre unter den jeweils gegebenen Rahmenbedingungen von Ort zu Ort immer wieder neu beantworten. Das schließt eine Variante nicht aus: Den Aufbau eines revolutionären Kerns im Rahmen des Aufbaus einer reformistischen Partei. Genau dieses Projekt verfolgt *marx21*. Wir definieren uns als revolutionäres marxistisches Netzwerk, arbeiten aber in der Partei *Die Linke*, die zweifelsohne eine reformistische Partei darstellt.

Mit der Partei *Die Linke* ist in Deutschland erstmals seit dem KPD-Verbot 1956 wieder eine relevante, mit der Arbeiterbewegung verbundene Kraft links von der SPD entstanden. In der radikalen Linken scheiden sich an der Partei *Die Linke* die Geister: Die einen sehen in ihr nur eine SPD 2.0, in ihren Zielsetzungen nur einen Neuaufguss der Reformversprechen der Sozialdemokratie der 1970er, ohne revolutionäres Programm und Profil – eine Sackgasse. Andere, darunter auch der Autor dieses Buchs, sehen die Entwicklung offener: In krisenhaften Zeiten wie dieser können Forderungen nach einer saftigen Vermögenssteuer, der Rücknahme der Kernstücke der Agenda 2010 (Hartz IV und Rente mit 67), dem Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr oder nach der Rückkehr zur 35-Stunden-Woche auch nicht annähernd auf dem Verhandlungsweg erreicht werden. Sie können nur in Kämpfen von systemsprengenden Ausmaßen durchgesetzt werden. Die Konkurrenz im globalen Maßstab hat sich massiv verschärft. Die Volkswirtschaften sind zu Standorten geworden, die sich Unterbietungswettläufe um die schlechtesten Löhne und miesesten Sozialstandards liefern. Weder Konzerne noch Regierungen sind unter diesen Bedingungen zu realen Zugeständnissen bereit.

Deshalb ist die spannende Frage an der Partei *Die Linke* nicht, ob sie „nur“ Reformforderungen stellt, sondern ob sie – zusammen mit anderen Kräften auf der Linken – bereit ist, für diese Forderungen zu mobilisieren. Denn die Sprengkraft von Forderungen an das System bemisst sich nicht daran, wie radikal sie klingen, sondern ob a) die Herrschenden bereit und in der Lage sind, diese zu erfüllen und b) sich Millionen dafür mobilisieren lassen. Denn, wie Marx sagte: „Ideen können nie über einen Weltzustand, sondern immer nur über die Ideen des alten Weltzustands hinausführen. Ideen können überhaupt nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, welche eine praktische Gewalt anbieten.“

In einem solchen Prozess des Widerstands stellt sich an einem Punkt auch die Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse – der Revolution. Bezogen auf *Die Linke* heißt das: Ihre gesellschaftlichen Ziele sind mit dem innerhalb der Partei hegemonialen Mittel, nämlich die Fixierung auf parlamentarische Arbeit, nicht zu erreichen. Entweder die Partei radikalisiert ihre Mittel und spielt eine positive Rolle als Motor des Klassenkampfes oder sie gibt analog zu SPD und Grünen Stück für Stück ihre progressiven Zielsetzungen in der praktischen Politik auf. Dieser Konflikt wird die Partei auf lange Zeit begleiten.

Unserer Überzeugung nach haben Revolutionäre viel zu gewinnen, wenn sie theoretisch und praktisch als Teil der Partei *Die Linke* in diesen Konflikt eingreifen. Für das *marx21*-Netzwerk heißt dies: Zum einen *Die Linke* vor Ort klassenkämpferisch und bewegungsorientiert aufbauen. Zum zweiten aber auch, die revolutionär-sozialistische Tradition, wie sie John Molyneux im Folgenden entwickelt, in die Partei einzuspeisen, relevant zu machen und Schritte zum Aufbau einer stärkeren revolutionären Strömung zu gehen.